

Übersichten

September 2004

Außenpolitik

1 Japans Ambitionen – eine Herausforderung für die chinesische Politik

Einen ersten vorsichtigen Vorstoß zum Ausloten der chinesischen Haltung gegenüber Japans Ambitionen auf einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat hatte Anfang September im Rahmen von Arbeitsgesprächen zum Fortgang der multilateralen Nordkorea-Verhandlungen in Beijing der Staatssekretär im japanischen Außenministerium, Ichiro Aisawa, im Gespräch mit dem stellvertretenden Außenminister Dai Bingguo gemacht. Beide Seiten blieben jedoch in ihren Ausführungen sehr vage. Aisawa, so heißt es, habe die Notwendigkeit der Reformierung der Vereinten Nationen thematisiert und in diesem Zusammenhang auch darauf hingewiesen, sein Land sei darauf vorbereitet, künftig die Rolle eines Ständigen Mitglieds im UN-Sicherheitsrat auszufüllen. Dai ließ die in dieser Weise geäußerten Ambitionen Japans jedoch unkommentiert und betonte lediglich, die Volksrepublik sei sich der Notwendigkeit von Reformen für die UNO sehr bewusst.

Am 21. September schließlich hielt der japanische Premierminister Koizumi vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen eine Grundsatzrede und warb darin wie der deutsche Außenminister Joschka Fischer für einen ständigen Sitz seines Landes im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen. Koizumi betonte, eine Reform der Weltorganisation sei unabdingbar, und Japan müsse darin eine hervorgehobene Rolle spielen. Sein Land spiele eine immer wichtigere Rolle bei der Aufrechterhaltung von Sicherheit und Frieden in der Welt, und dies sei ja gerade die Aufgabe des Sicherheitsrates als zentrales Gremium der UNO.

Sein Land besitze den politischen Willen und die Ressourcen, so Koizumi vor der UNO weiter, mehr Verantwortung zu übernehmen. Dies betreffe insbesondere friedenssichernde Maßnahmen und den Kampf gegen den Terrorismus. Allerdings dürfe Friedenssicherung nicht allein im militärischen Sinne verstanden werden. Auch im zivilen Bereich habe Japan viel zu bieten.

Die offizielle Reaktion aus dem chinesischen Außenministerium war erwartungsgemäß ablehnend. Ohne den erheblichen finanziellen Beitrag, den Japan zum Budget der Vereinten Nationen leistet explizit zu benennen, erklärte der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, Kong Quan, in einer ersten Reaktion, der Weltsicherheitsrat sei kein Unternehmensvorstand, und seine Zusammensetzung könne nicht von der Höhe der Beitragszahlungen abhängig gemacht werden. China verstehe wohl den Wunsch Japans, eine größere Rolle im Bereich der internationalen Beziehungen spielen zu wollen. Allerdings fehle es dazu auf japanischer Seite bislang des korrekten Verständnisses der historischen Fragen, die damit in Zusammenhang stünden. Erwartungsgemäß stellte die japanische Regierung die Relevanz dieses Arguments im Zusammenhang mit dem gewünschten Sicherheitsratsitzes in Frage.

Die grundsätzliche Haltung Chinas beschrieb Kong mit den Worten, an erster Stelle müssten umfassende Reformen der Vereinten Nationen und des Sicherheitsrates stehen. Dies sei eine gewichtige Frage, die nur auf

dem Wege der Herstellung eines breiten Konsensus erreicht werden könne. In erster Linie gehe es dabei darum, die Arbeitseffizienz des Sicherheitsrates zu steigern. Im Hinblick auf eine Erweiterung des Gremiums sei dann allerdings primär eine bessere Vertretung der Entwicklungsländer zu beachten.

Chinesische Außenpolitikexperten sind sich weitgehend darin einig, dass eine ständige Vertretung Japans im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen nicht im politischen Interesse Chinas liege. Zwar könne ein chinesisches Veto jederzeit japanische Vorstöße im Sicherheitsrat neutralisieren. Ein solches Veto könne sich andererseits jedoch verheerend auf die Entwicklung der bilateralen Beziehungen beider Länder auswirken und diejenigen Kräfte in Japan stärken, die China ohnehin als Bedrohung Japans betrachteten. Erst Mitte September war bekannt geworden, dass eine Beraterkommission der japanischen Regierung erstmalig empfohlen hatte, China als potenzielle militärische Bedrohung zu betrachten, nachdem die militärischen Kapazitäten Russlands im Fernen Osten erheblich an Bedrohungspotenzial verloren hätten. Nicht nur die chinesische Aufrüstung und der Aufbau seiner Flotte, sondern insbesondere der schwelende Konflikt mit Taiwan wird als bedrohend für die japanische Sicherheit angesehen, drohe Japan doch in einen solchen Konflikt vor der eigenen Haustür hineingezogen zu werden.

China – einerseits bemüht, nicht als Bedrohung zu erscheinen und die guten wirtschaftlichen Beziehungen mit Japan nicht aufs Spiel zu setzen, andererseits keineswegs an einem ständigen Sicherheitsratsitz für Japan interessiert – wird den Prozess mit ambivalentem Verhalten begleiten, darin sind sich chinesische Experten einig. In den kommenden Jahren ist damit von chinesischer Seite weder eine deutliche Befürwortung der japanischen – und wohl auch der deutschen – Ambitionen noch eine direkte Ablehnung derselben zu erwarten.

China wird also auf Zeit spielen, und auch die Argumente sind bereits zurechtgelegt: Zunächst existiere noch kein fertiger Plan für die Reformierung des Weltsicherheitsrates. Man müsse zunächst die mögliche Ände-

rung der Charta der Vereinten Nationen abwarten, bevor man damit fortfahren könne zu diskutieren, ob Japan dafür qualifiziert sei, einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat zu erhalten. Dieser Prozess werde sehr lange Zeit beanspruchen, und es gelte viele Variablen zu berücksichtigen.

Zu erwarten ist auch, dass die VR China während dieses Prozesses wie schon in diversen anderen Kontexten nicht die eigenen politischen Interessen in den Vordergrund stellen wird. Vielmehr wird die Rhetorik der Volksrepublik hinsichtlich ihrer Positionen und Entscheidungen dem Wohl der Mehrheit der (nicht entwickelten) Länder Rechnung tragen und die Schaffung einer gerechteren Weltordnung und die Demokratisierung der internationalen Beziehungen in den Mittelpunkt der Argumentation stellen.

Die diplomatische Gratwanderung, Japan einerseits aus wirtschaftlichen wie aus strategischen Gründen bei der Stange zu halten und gleichzeitig dessen Ambitionen zu neutralisieren, erscheint jedoch noch schwieriger, berücksichtigt man die innenpolitische Dimension Chinas. So befriedigen Forderungen des chinesischen Außenministeriums nach einem korrekten Umgang Japans mit der eigenen aggressiven Geschichte zwar die in China weit verbreiteten Ressentiments gegen den einstigen Aggressor. Doch hat die chinesische Regierung offensichtlich zunehmend Probleme, den nicht zuletzt mittels des Feindbilds Japan geschürten Nationalismus seiner Staatsbürger unter Kontrolle zu bringen.

Nach den Ausschreitungen im Zusammenhang mit dem Asien-Cup (s. C.a., 2004/8, Ü 1) war die chinesische Regierung bemüht, keinen Anlass für weitere antijapanische Gefühlsausbrüche zu bieten. Trotz zahlreicher Appelle an den Nationalen Volkskongress unterstützt die chinesische Regierung beispielsweise nicht die Etablierung eines Gedenktags anlässlich des Beginns der japanischen Besetzung der Mandchurei, die sich am 18. September zum 73. Mal jährte. Demonstrationen zu diesem Anlass wurden ebenfalls weitgehend untersagt. Lediglich eine Gruppe von 20 Personen demonstrierte Presseberichten zufolge am 18. September vor der japanischen Botschaft. Diese wendeten sich lediglich 15 Minu-

ten lang mit Parolen gegen die Besuche des Yasukuni-Schreins durch führende japanische Politiker, gegen einen ständigen Sitz Japans im UN-Sicherheitsrats und auch gegen die Beteiligung japanischer Unternehmen beim Eisenbahnbau in China.

Schon im Vorfeld war von den chinesischen Behörden der Internetzugang zu der Website des so genannten Patriots Alliance Network, einer dem Vernehmen nach 80.000 Mitglieder zählenden Gruppe, am 30. August blockiert worden. Die Gruppe ist bekannt dafür, antijapanische Aktionen zu organisieren, und hatte im August online eine Unterschriftenaktion gegen die Beteiligung japanischer Firmen an chinesischen Hochgeschwindigkeitseisenbahnprojekten ins Leben gerufen. Ebenso war die Gruppe eigenen Angaben zufolge damit beschäftigt, in mehr als hundert chinesischen Städten Aktionen zum Gedenken an den japanischen Einmarsch in Nordostchina vor 73 Jahren zu organisieren. Ob und in welchem Umfang diese durchgeführt werden konnten, blieb jedoch unklar. (Kyodo News Service, 6.9.04, nach BBC PF, 7.9.04; Kyodo News Service, 15.9.04, nach BBC PF, 16.9.04; Kyodo News Service, 18.9.04, nach BBC PF, 19.9.04; Kyodo News Service, 22.9.04, nach BBC PF, 23.9.04; RMRB online, 15.9.04, nach BBC PF, 17.9.04; IHT online, 15.9.04; IHT, 16.9.04; SCMP online, 18.9.04, nach BBC PF, 19.9.04; ZXS, 21.9.04, nach BBC PF, 22.9.04; ZTS, 21.9.04, nach BBC PF, 23.9.04; *Asahi Shinbun*, 24., 25., 26.9.04; *The Daily Yomiuri* online, 24., 26.9.04) -kg-

2 Der lange Weg zu mehr militärischer Transparenz und Kooperation

Erst seit zwei Jahren führt die Volksrepublik China Militärmanöver mit anderen Staaten durch. Seither werden im Abstand von nur wenigen Monaten von chinesischer Seite immer neue Positivmeldungen und Superlative der militärischen Zusammenarbeit mit anderen Staaten vermeldet. Der jüngste Superlativ wurde Ende September im Zusammenhang mit einer Truppenübung der Militärregion Jinan mit der Bezeichnung Eiserne Faust 2004 vermeldet, bei denen ins-

gesamt 60 ausländische Offiziere aus 16 Ländern zugegen waren.

Zum ersten Mal, so hieß es auf chinesischer Seite, seien so viele ausländische Militärbeobachter eingeladen worden, um einer militärischen Übung mit scharfer Munition beizuwohnen. Erstmals waren im August 2003 Beobachter bei Manövern der chinesischen Armee in der Inneren Mongolei anwesend. Das jetzige Ereignis wurde als weiterer Schritt Chinas zur Herstellung von Transparenz in Militärangelegenheiten bezeichnet, waren doch auch Anfang September schon militärische Beobachter aus Frankreich, Deutschland, Großbritannien und Mexiko zu Landeübungen amphibischer Einheiten der chinesischen Marine nach Guangdong geladen worden.

Aus chinesischer Sicht handelt es sich bei den Einladungen zur Manöverbeobachtung um konsequente Schritte des chinesischen Militärs zur Erweiterung des freundschaftlichen Austauschs mit dem Ausland. Betont wird neben der Vertrauensbildung in der Region insbesondere der eingeschlagene Weg hin zu einer graduellen Teilnahme Chinas in multilateralen Militärmanövern mit dem Ziel, den militärischen Austausch mit dem Ausland zu erweitern.

In der Tat ist eine Entwicklung in der militärischen Zusammenarbeit erkennbar, die zu mehr Multilateralität und Transparenz in Militärangelegenheiten führen könnte. Waren es in den Jahren 2002 und 2003 zunächst bilaterale, dann multilaterale Manöver im Rahmen der Shanghai Cooperation Organization (SCO) im Zusammenhang mit der Bekämpfung des Terrorismus, so folgten ebenfalls 2003 gemeinsame Such- und Rettungsübungen der chinesischen Marine mit Einheiten zunächst aus Pakistan, dann auch aus Indien in chinesischen Hoheitsgewässern vor Shanghai.

Die Gewässer vor Qingdao schließlich erschienen der chinesischen Marine geeignet, um unabhängig voneinander Seemanöver unter Beteiligung französischer (März 2004) und britischer Einheiten (Juni 2004) durchzuführen. Pakistan wurde im August 2004 zu Anti-Terrorismus-Manövern nach Tashkorgan in Xinjiang geladen, und gemeinsam mit indischen Grenz-

truppen führten chinesische Truppen Ende August ein Bergsteigetraining in Tibet durch.

Gleich mehrere Muster werden aus der Abfolge der Militärmanöver unter Beteiligung ausländischer Einheiten bzw. unter Anwesenheit ausländischer Beobachter erkennbar.

- Getrennt wird von chinesischer Seite offensichtlich zwischen Übungen mit regionalen Nachbarn und solchen mit weiter entfernten Staaten – in erster Linie aus Westeuropa: Marineübungen mit Pakistan oder Indien vor Shanghai, Seemanöver mit Großbritannien und Frankreich vor Qingdao.
- Multilaterale Manöver werden bislang ausschließlich im Rahmen der von China initiierten SCO durchgeführt und beschränkten sich auf militärische Randbereiche wie die Stärkung der Grenzregimes, die Bekämpfung des Terrorismus, Maßnahmen gegen Drogen- und Waffenschmuggel.
- Manövern mit Indien folgen bislang unmittelbar auch solche mit Pakistan und umgekehrt. Diese sind auf nichtmilitärische Bereiche beschränkt und dienen der Vertrauensbildung mit und vorsichtigen Annäherung an Indien auf der einen und der Aufrechterhaltung der Vertrauensbasis mit Pakistan auf der anderen Seite. Ausgleich und Gleichgewicht ist hier das Ziel.
- Durch die Zulassung von Beobachtern kommt China einerseits der westlichen Forderung nach größerer Transparenz in militärischen Angelegenheiten nach. Andererseits dienen derartige Ereignisse jedoch auch insbesondere der Vertrauensbildung in der Region.

Letzterer Aspekt wurde besonders im Zusammenhang mit den jüngsten Manövern deutlich. Hierzu waren neben Vertretern aus den Staaten der SCO insbesondere Beobachter aus den ASEAN-Staaten geladen, die das wachsende militärische Gewicht Chinas im asiatischen Raum

mit Argwohn betrachten. Auch von chinesischer Seite wurden die Einladungen zur Beobachtung der Manöver als Teil einer diplomatischen Offensive bezeichnet. Die chinesische Politik folge auf militärischem Gebiet demnach der Prämisse „Behandlung von Nachbarn als Freunde und Partner“ und sei Ausdruck des „neuen chinesischen Sicherheitskonzepts“, das auf friedliche Koexistenz, gegenseitiges Vertrauen, (Verhalten zum) gegenseitigen Nutzen, Gleichheit und Kooperation gründe.

Des Weiteren, so ein Vertreter der chinesischen Akademie für Militärische Wissenschaften, zeichne sich mit der Einladung zur Beobachtung regulärer Manöver mit scharfer Munition auch eine Ausweitung des militärischen Austauschs Chinas mit dem Ausland von den bisherigen nichttraditionellen Feldern (Seerettung, Bekämpfung von Drogenschmuggel etc.) hin zu den Kernbereichen militärischer Sicherheit ab.

Ob die bis dato von der VR China hergestellte Transparenz in ihren militärischen Bereichen angesichts der zielgruppengerechten Ausschnitte, die ausländischen Beobachtern zugänglich gemacht werden, international als ausreichend angesehen wird, bleibt zweifelhaft. Insbesondere die USA haben in der Vergangenheit die militärische Zusammenarbeit und den Informationsaustausch als Einbahnstraße bezeichnet. Ein weiteres Problem bleibt trotz der anderslautenden Versicherungen der chinesischen Regierung der seitens der Vereinigten Staaten gegen den militärisch-industriellen Sektor Chinas gehegte Generalverdacht der Proliferation insbesondere im Zusammenhang mit Raketentechnologie. Erst im September wurden von den USA Sanktionen gegen das staatliche chinesische Handelskonglomerat China New Era Group verhängt. Man verfüge, so hieß es aus den USA, über Erkenntnisse, dass dieses Unternehmen „materielle Beiträge“ zu den Bemühungen eines anderen Landes geleistet habe, seine bestehenden Raketensysteme in Trägersysteme für Massenvernichtungsmittel zu verwandeln.

Obwohl in diesem Fall kein Empfängerland für die seitens der USA beanstandeten rüstungsrelevanten Exporte des chinesischen Unternehmens ge-

nannt wurde, ist davon auszugehen, dass es sich dabei wiederum um Pakistan, Iran, Libyen oder Nordkorea handeln wird. Während die Vereinigten Staaten alle bestehenden Verträge mit der New Era Group, die neben Nuklearerntechnik auch Knoblauch und Nudeln exportiert, annullierte und weitere Exporte in die USA für zwei Jahre verbot, übte das chinesische Außenministerium scharfe Kritik an dieser Maßnahme. Man fordere Washington auf, so hieß es, Landesgesetze der USA anzuwenden, um Sanktionen gegen die chinesische Regierung zu verhängen. (XNA, 25.9.04; Xinhua, 2.9.04, nach BBC PF, 4.9.04; FT, 24.9.04; WSJ online, 23.9.04) -kg-

3 Shanghai Cooperation Organization auf dem Weg zur wirtschaftlichen Integration

Auf einen Anfang September in Beijing von der Konrad-Adenauer-Stiftung und dem Chinese Institute of International Strategic Studies gemeinsam ausgerichteten Konferenz wurde von chinesischer Seite als Fokus für die weitere Entwicklung der Shanghai Cooperation Organization die Förderung eines einheitlichen Wirtschaftsraums benannt. Der Zeithorizont, den Zhang Deguang, chinesischer Executive Secretary der SCO, angab, beläuft sich auf 20 Jahre bis zur Verwirklichung des freien Austauschs von Gütern, Finanzmitteln, Technologien und Dienstleistungen zwischen den Mitgliedsstaaten der Organisation.

Nach Ansicht von Beobachtern aus den SCO-Mitgliedsländern liegt diese Entwicklung insbesondere im chinesischen Interesse. China setze auf eine stärkere ökonomische Präsenz in Zentralasien. Obwohl dies von chinesischer Seite weitgehend unausgesprochen bleibt, ist deutlich erkennbar, dass die SCO als Gegengewicht zum Engagement der Vereinigten Staaten in Zentralasien nach den Anschlägen vom 11.9.2001 aufgebaut wird. So heißt es zwar von chinesischen Vertretern der SCO, die Organisation solle keinesfalls zu einem militärischen Block mit der Zielsetzung der Eindämmung der USA auf ökonomischem, militärischem und politischem Gebiet in der zentralasiatischen Region werden. Andererseits wurden jedoch erst-

mals Stimmen laut, die die Vereinigten Staaten sehr wohl in der Rolle als Konkurrent der SCO in der Region bezeichnen – eine Position, die sich mit der russischen weitgehend decken dürfte.

Aus chinesischer Sicht handelt es sich bei der Stärkung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Integration innerhalb der SCO um den konsequenten dritten Schritt hin zum Aufbau einer umfassenden Regionalorganisation. Nachdem das Jahr 2003 durch die Institutionalisierung der SCO gekennzeichnet war, widmeten sich die beteiligten Staaten in diesem Jahr primär wirtschaftlichen Fragestellungen. Im September fanden gleich mehrere Konferenzen auf höchster Ebene statt, deren Ziel die Verabschiedung eines Aktionsplans für die Erweiterung und Vertiefung der Wirtschaftskooperation war. Vorbereitet durch ein Treffen der Handelsminister der Mitgliedsstaaten wurde auf einer nachfolgenden Konferenz der Premierminister Ende September in Bishkek ein Maßnahmenkatalog zur schrittweisen Herstellung entsprechender Bedingungen für den freien Fluss von Gütern, Kapital, Dienstleistungen und Technologie zwischen den Mitgliedsstaaten verabschiedet („Outline for Multilateral Economic and Trade Cooperation Between SCO Members“).

Der chinesische Premierminister Wen Jiabao betonte in seiner Rede vor den Amtskollegen der SCO, man solle nunmehr der ökonomischen Zusammenarbeit Priorität einräumen. Von besonderem Interesse, so Wen, sei der Aufbau grenzüberschreitender Infrastruktur, i.e. der Bau von Transportwegen. Hierzu bedürfe es der Beschleunigung im Abstimmungsprozess zwischen den Staaten mit dem Ziel der Verabschiedung eines Multilateral Agreement on Facilitating Highway Transportation. Ohne den Zusammenhang mit dem chinesischen Programm zum ökonomischen Aufbau der Westregionen explizit herzustellen, rief Wen Jiabao darüber hinaus zur Förderung des Austauschs zwischen den Grenzregionen auf.

Die chinesischen Vorstellungen finden sich im gemeinsamen Communiqué der Konferenz der Premierminister wieder. Über die besondere Wichtigkeit des Aufbaus internatio-

ner Transportrouten durch die Mitgliedsländer herrscht Einigkeit. Die Einzelheiten dieser Planung wurden an die nationalen Transportminister übertragen, die sich auf einem Treffen in der ersten Hälfte des kommenden Jahres darüber verständigen sollen. Der verabschiedete Aktionsplan sieht 127 bilaterale oder multilaterale wirtschaftliche Kooperationsprojekte vor. Schwerpunkte liegen – ganz im Interesse Chinas – insbesondere auf dem Gebiet der Erkundung, Ausbeutung und des Transports von Bodenschätzen, primär von Erdöl und Erdgas. Der russische Premierminister Fradkov schlug in diesem Zusammenhang die Ausarbeitung eines Konzepts zum Aufbau eines gemeinsamen Transportsystems für Gas, Öl und Energie zwischen den Mitgliedsstaaten der SCO vor.

Eine neue Qualität erhält die SCO auch mit der in Punkt 8 des gemeinsamen Communiqués der Premierminister enthaltenen Feststellung, die Shanghai Cooperation Organization sei nunmehr bereit, offizielle Verbindungen zu internationalen Wirtschaftsforen und -organisationen herzustellen. Auch die Etablierung offizieller Kontakte mit der ASEAN sind Beobachtern zufolge bereits im Gespräch. (WSJ online, 23.9.04; Xinhua, 23.9.04, nach BBC PF, 24.9.04; Xinhua, 23.9.04, nach BBC PF, 25.9.04; Interfax-Kasachstan, 23.9.04, nach BBC PF, 24.9.04; Novoye Pokoleniye, 3.9.04, nach BBC PF, 10.9.04) -kg-

4 Öl im Mittelpunkt des russisch-chinesischen Gipfeltreffens

Unmittelbar vor dem Gipfeltreffen zwischen dem russischen Premierminister Fradkov und seinem chinesischen Amtskollegen Wen Jiabao Ende September in Moskau spielte die ins Schussfeld russischer Finanzbehörden und der Politik geratene russische Ölfirma Yukos eine politische Trumpfkarte: Sie kündigte die sofortige Drosselung ihrer Öllieferungen an chinesische Abnehmerfirmen um zwei Drittel an (50.000 statt 150.000 Barrel täglich). Diese Ankündigung erfolgte, nachdem die russische Regierung der Volksrepublik China zuvor versich-

ert hatte, die Krise um Yukos werde die vertraglich vereinbarten Lieferungen nicht beeinträchtigen. Immerhin bezog China im ersten Halbjahr 2004 8,5% seiner Rohölimporte aus Russland, und Yukos war der wichtigste Exporteur.

Es handelte sich eindeutig um einen kalkulierten politischen Schritt der Yukos-Leitung im Vorfeld des sino-russischen Gipfeltreffens. Dafür spricht insbesondere die Tatsache, dass von der Drosselung der Lieferungen lediglich die China National Petroleum Corporation (CNPC), nicht aber der als wichtiger eingeschätzte zweite chinesische Partner, die Sinopec, betroffen sein sollte.

Da die Ölimporte für China strategische Bedeutung besitzen und die VR China auch schon im Rennen um eine geplante Erdölpipeline von Russland nach Ostasien gegenüber dem Konkurrenten Japan ins Hintertreffen geraten war, gingen Beobachter davon aus, dass Erdöl das zentrale Thema der neunten Runde der regelmäßigen jährlichen Treffen der Premierminister beider Länder bilden würde.

Trotz dieser Verstimmungen beiläufige sich Wen Jiabao bereits bei seiner Ankunft in Moskau gegenüber russischen Journalisten klarzustellen, dass es um die russisch-chinesischen Beziehungen derzeit besser bestellt sei als jemals zuvor. Als Beleg dafür nannte Wen, dass man eine strategische und kooperative Partnerschaft etabliert habe, den russisch-chinesischen Vertrag über gutnachbarschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit erfolgreich unterzeichnet habe und nun umsetze, einen Mechanismus für regelmäßige Konsultationen und Treffen zwischen den Regierungen beider Länder entwickelt habe und man sich in internationalen und regionalen Fragen zunehmend gegenseitig konsultiere und miteinander kooperiere.

Dennoch lesen sich die politischen Ergebnisse des Treffens zwischen Wen und Fradkov im gemeinsamen Communiqué zum Abschluss des Besuchs recht farblos. So ist dort zwar zu lesen, dass man nunmehr formell eine direkte Telefonleitung zwischen den beiden Premierministern einrichte, um schnelle Konsultationen zu ermöglichen. Neben den schon bekannten Bekanntheitsgraden zur Zusammenarbeit in

internationalen Fragen und im Zusammenhang mit der Bekämpfung von Terrorismus und grenzüberschreitender Kriminalität (mit dem besonderen Schwerpunkt des Handels mit Drogen aus Afghanistan) sowie diversen praktischen Maßnahmen des bilateralen Austauschs in allen denkbaren Bereichen standen wirtschaftliche Fragestellungen im Zentrum. So wird in dem Dokument der erfolgreiche Abschluss der bilateralen Verhandlungen im Zusammenhang mit dem russischen WTO-Beitritt vermeldet. Ferner erkennen sich beide Staaten als vollwertige Marktwirtschaften an, was China von der EU bislang verweigert wird.

Im Hinblick auf die chinesischen Wünsche zur Sicherung der Versorgung mit fossilen Energieträgern aus russischen Quellen bleibt das Dokument jedoch eher vage. So wird zwar anerkannt, dass die Förderung praktischer Fortschritte der bilateralen Zusammenarbeit auf dem Feld der Energiegewinnung einen wichtigen Faktor in der Stärkung der politisch angelegten strategischen Kooperationspartnerschaft darstelle. Konkrete Zusagen werden von russischer Seite jedoch nicht gemacht.

Zwar konnte die Verringerung der Öllieferungen durch Yukos noch während Wens Aufenthalt in Moskau abgewendet werden, weil sich der chinesische Abnehmer dazu bereit erklärte, die Gebühren und Transportkosten für die auf dem Schienenwege erfolgenden Lieferungen vorzufinanzieren, wozu sich Yukos nach eigenen Angaben nicht mehr in der Lage gesehen hatte. Doch auch die Formulierung, beide Länder wollten die Ausweitung der Rohöllieferungen auf dem Eisenbahnweg fördern, kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass Wen Jiabao in dem chinesischen Anliegen einer Pipeline direkt nach Daqing im Nordosten Chinas keinen Schritt weitergekommen ist.

In diesem Zusammenhang wurde von russischer Seite lediglich die bekannte Position wiederholt, man müsse zunächst eine Machbarkeitsstudie abwarten. Russland wolle jedoch, hieß es in einer ergänzenden chinesischen Stellungnahme, in jedem Falle das Anliegen Chinas „aktiv in Erwägung ziehen“. Von einem Durchbruch kann

also in dieser Hinsicht keine Rede sein. (FT, 21.9.04; SCMP online, 24., 25.9.04; XNA, 21., 25., 28.9.04; ST online, 21., 24.9.04; Interfax, 24.9.04, nach BBC EF, 25.9.04; Xinhua, 24.9.04, nach BBC EF, 26.9.04) -kg-

5 Mehr und weniger willkommene Chinesen in Europa

Am 1. September 2004 trat eine Vereinbarung zwischen der Europäischen Union und der Volksrepublik China in Kraft, die de facto die gesamte Europäische Union – vorerst mit Ausnahme von Großbritannien, Dänemark und Irland – offiziell zum Ziel chinesischen Gruppentourismus werden lässt (Approved Destination Status). Insgesamt ist chinesischen Privatleuten nunmehr als Teilnehmer organisierter Reisegruppen der Besuch von 27 Ländern in Europa gestattet.

Die europäische Tourismuswirtschaft setzt im Incoming-Bereich schon seit einigen Jahren große Hoffnungen auf die wachsenden Bevölkerungsgruppen in der Volksrepublik China, die sich Reisen ins Ausland leisten können. Verschiedene EU-Staaten waren daher auch vorgeprescht und hatten bilaterale Vereinbarungen über die Zulassung von Gruppentourismus aus der VR China abgeschlossen. Die Vereinbarung zwischen China und der EU setzt damit nur den vorläufigen Schlusspunkt einer schon vor Jahren begonnenen Entwicklung. Auch die verbleibenden weißen Flecken auf der europäischen Landkarte des chinesischen Tourismus – Großbritannien, Dänemark und Irland – werden sich wohl in bilateralen Abkommen mit China bald anschließen. So stehen in Großbritannien die bilateralen Verhandlungen über den Approved Destination Status offenbar ebenfalls kurz vor dem Abschluss.

Allgemein wird eine erhebliche Ausweitung des chinesischen Tourismus nach Europa erwartet. Allerdings werden in diesem Zusammenhang immer wieder die gleichen Hochrechnungen aus der Tourismusbranche zitiert, in denen von bis zu 100 Mio. Chinesen ausgegangen wird, die im Jahr 2020 zu ausschließlich touristischen Zwecken ins Ausland reisen werden. Die bisherige Entwicklung sieht weniger ein-

drucksvoll aus. So zählte die EU im Jahr 2002 lediglich 645.000 chinesische Besucher.

Am meisten hofft Frankreich vom Zustrom chinesischer Europareisender zu profitieren. Hier geht man gegenüber 2003 von einer Verdoppelung der Touristenzahlen schon im nächsten Jahr auf bis zu 800.000 Personen aus. Selbst in Finnland wurde Anfang September die erste chinesische Reisegruppe begrüßt. Chinesische Reisearrangements beschränken sich in der Regel nicht auf ein einziges europäisches Land, sondern sehen vielmehr den Besuch von touristischen Highlights in verschiedenen Staaten vor.

Neben Frankreich und auch der Schweiz sind es aber primär die südeuropäischen Länder, die ihre Hoffnungen auf China setzen. Insbesondere der Tourismussektor in Italien und Spanien hofft durch ein Wachstum der Zahl chinesischer Reisender in den nächsten Jahren die Einbußen durch den Rückgang des Tourismus aus den USA und Japan ausgleichen zu können.

So willkommen Bürger der Volksrepublik China als Touristen sein mögen, so unwillkommen sind sie zuweilen in anderen Rollen. Sind diffuse Ressentiments gegen das Billiglohnland China als Zielregion der Verlagerung europäischer Produktionsstätten nicht selten, so schlagen diese lokal bisweilen in offene Aggression gegen chinesische Unternehmer um. Eine Gruppe von ca. 500 Demonstranten setzte erst im September in der südostspanischen Stadt Elche ein negatives Beispiel.

Elche ist traditionelles Zentrum der spanischen Schuhindustrie. Vor mehr als zehn Jahren begannen einige dort ansässige Unternehmer jedoch mit der Verlagerung der Produktion nach China. In der Folge drohte aufgrund schwindender Konkurrenzfähigkeit Arbeitslosigkeit in Elche. Vor etwa zwei Jahren ließen sich auch noch die ersten chinesischen Schuhimporteure in Elche nieder; inzwischen ist ihre Zahl auf mehr als 70 angewachsen. Arbeitslosigkeit, Produktionsverlagerung der spanischen Unternehmen nach China und nun noch die starke Sichtbarkeit der chinesischen Konkurrenz direkt vor Ort in Elche bildeten die explosive Mischung, die sich

im September im wahren Wortsinn entzündete. Unter Rufen wie „Chinesen raus“ marschierte am 16. September ein Demonstrationszug zu chinesischen Lagerhäusern im Industriegebiet Carrus und setzte zwei davon in Brand.

Das chinesische Außenministerium forderte unmittelbar nach Bekanntwerden dieses ersten offenen antichinesischen Übergriffs in Europa die harte Bestrafung der Täter. In Gesprächen zwischen dem chinesischen Botschafter in Spanien und dem spanischen Außenministerium als auch gegenüber dem einzitierten spanischen Botschafter in China forderte die chinesische Regierung Spanien auf, sie möge die Sicherheit für Leib und Leben sowie für das Eigentum chinesischer Staatsbürger in Spanien gewährleisten.

Wie wichtig die chinesische Regierung im Zuge eines mit den wirtschaftlichen Verflechtungen des Landes wachsenden personellen Austauschs die Frage der Rechte von Migranten nimmt, beweist auch das sechste informelle ASEM-Seminar über Menschenrechte, das in diesem Jahr praktisch zeitgleich mit den Ereignissen von Elche am 16. und 17. September in Suzhou stattfand. Das zentrale Thema bildete die Situation von Migranten in Asien und Europa sowie der Schutz ihrer Rechte. (XNA, 2., 5., 17., 23.9.04; ST online, 1.9.04; persönliche Informationen, Joaquin Beltran, Barcelona, 27.9.04) -kg-

6 Unnachgiebige Rhetorik und praktisches Entgegenkommen zwischen Beijing und Taipei

Als der taiwanische Präsident Chen Shuibian Ende August das größte jährlich stattfindende militärische Manöver Taiwans absagte, lautete die Begründung, er wolle eine Geste des guten Willens zeigen, nachdem auch die VR China ein auf die Invasion von Inseln ausgerichtetes Manöver in der Region der Insel Dongshan zwischen Taiwan und dem chinesischen Festland abgesagt habe. Unstrittig ist die politische Motivation dieses Schrittes, doch erweist sich die Interpretation der zugrunde liegenden Fakten bei näherem Hinsehen als zumindest einseitig.

Sowohl die VR China als auch Taiwan hatten bereits seit Wochen immer wieder Militärmanöver durchgeführt. Bei der von Chen so bezeichneten Absage der Manöver seitens der Volksrepublik handelte es sich um den Abzug von 3.000 Soldaten aus dem Manövergebiet um Dongshan, der von chinesischer Seite als regulärer Abschluss der Manöver dargestellt wurde. Der Verzicht Taiwans, seinerseits ein großes Manöver Anfang September durchzuführen bezog sich wiederum lediglich auf eine große Militärübung zum Abschluss einer Serie von Manövern.

Die VR China warf Chen Shuibian denn auch vor, bei seiner Absage der taiwanischen Manöver handle es sich keineswegs um eine Geste guten Willens gegenüber der VR China, sondern vielmehr um billige Publicity, mit der er die Bevölkerung Taiwans und die USA zu beeindrucken suche. So begrüßten die Vereinigten Staaten den taiwanischen Schritt, doch die politische Spannung zwischen Taiwan und der VR China blieb unverändert bestehen.

Ob die Tatsache, dass der Vorschlag eines chinesischen Wissenschaftlers für ein Wiedervereinigungsgesetz Anfang September auch von Premierminister Wen Jiabao aufgegriffen wurde, die Spannungen noch verschärfen wird, bleibt hingegen abzuwarten. Von einem solchen Gesetz, das die legale Grundlage für ein militärisches Eingreifen Beijings im Falle einer Unabhängigkeitserklärung Taiwans bieten soll, erhofft man sich in China eine Erhöhung des Drucks auf Taiwan in dieser Frage.

Auf der Ebene der konkreten Zusammenarbeit in Fragen, in denen beide Seiten aufeinander angewiesen sind, gab es im September eine positive Entwicklung, die allerdings nicht überbewertet werden sollte. Im Vorfeld des Mittherbstfestes Ende September konnten erstmals seit den Präsidentenwahlen in Taiwan wieder mehrere Gruppen von illegalen Migranten aus Taiwan in die VR China repatriert werden. Die chinesischen Behörden hatten sich Ende August dazu entschlossen, die Abschiebung von Bürgern der VR China über die taiwanische Insel Mazu nach Fujian wieder zuzulassen, nachdem man das Verfah-

ren am 12. März 2004 ausgesetzt hatte.

Im September konnten auf diese Weise unter Beteiligung der Rotkreuz-Gesellschaften beider Seiten insgesamt etwa 170 Migranten von Taiwan in die Volksrepublik abgeschoben werden. In Stellungnahmen wurde die Wiederaufnahme des Abschiebungsverfahrens mit humanitären Erwägungen begründet. Die Migranten sollten die Gelegenheit erhalten, das Mittherbstfest im Kreise ihrer Familien zu verbringen. Dies galt jedoch nur für eine kleine Minderheit der in Taiwan arrestierten illegalen Zuwanderer vom chinesischen Festland. Bis zu 2.500 weitere Migranten erwarten in den verschiedenen Internierungslagern die Klärung ihrer Identität durch die Behörden auf dem Festland und im Anschluss daran ihre Abschiebung.

Zeitgleich mit der Abschiebung der letzten und größten Gruppe von chinesischen illegalen Migranten auf das Festland wurden von den chinesischen Polizeibehörden insgesamt fünf taiwanische Kriminelle an Taiwan ausgeliefert, unter denen sich nach taiwanischen Angaben auch zwei Personen befanden, die zu den zehn meistgesuchten Verdächtigen zählten. Ein informelles Übereinkommen zwischen den Strafverfolgungsbehörden beider Seiten mit dem Ziel der Bekämpfung der Kriminalität auf beiden Seiten der Taiwan-Straße hatte die Auslieferung ermöglicht. In Taiwan wird allerdings davon ausgegangen, dass sich auf dem chinesischen Festland noch weitere 326 Personen aus Taiwan versteckt halten, die im dringenden Verdacht stehen, in Taiwan schwere Verbrechen verübt zu haben. (WSJ online, 31.8., 10.9.04; ST online, 2.9.04; SCMP online, 11., 24.9.04; SCMP online, 7.9.04, nach BBC PF, 8.9.04; CNA online, 23.9.04, nach BBC PF, 24.9.04; *Taipei Times* online, 24.9.04, nach BBC PF, 25.9.04) -kg-